

TRANSFER AUS DEN SOZIAL- UND  
KULTURWISSENSCHAFTEN



**Zurück zur Armutspolizey?**

Soziale Arbeit zwischen Hilfe und Kontrolle

Reinhold Knopp / Thomas Münch (Hg.)

**T** Frank & Timme

Verlag für wissenschaftliche Literatur

Reinhold Knopp / Thomas Münch (Hg.)  
Zurück zur Armutspolizey?

Schriftenreihe des Fachbereichs Sozial- und Kulturwissenschaften  
der Fachhochschule Düsseldorf

Transfer aus den Sozial- und Kulturwissenschaften, Band 5  
Herausgegeben von der Dekanin des Fachbereichs Sozial- und  
Kulturwissenschaften im Auftrag des Rektors

Reinhold Knopp / Thomas Münch (Hg.)

# Zurück zur Armutspolizey?

Soziale Arbeit zwischen Hilfe und Kontrolle

**F**Frank & Timme  
Verlag für wissenschaftliche Literatur

Umschlagfoto: Peter J. Kierzkowski

ISBN 978-3-86596-123-5

ISSN 1862-6165

© Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur  
Berlin 2007. Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts-  
gesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.  
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in  
elektronischen Systemen.

Herstellung durch das atelier eilenberger, Leipzig.

Printed in Germany.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

[www.frank-timme.de](http://www.frank-timme.de)

## Inhalt

Einleitung.....	7
Michael Galuske: Nach dem Ende des sozialpädagogischen Jahrhunderts – Soziale Arbeit zwischen Aktivierung und Ökonomisierung .....	9
Reinhold Knopp: Position und Perspektive kritischer Sozialer Arbeit .....	33
Christian Spatscheck: Die neoliberale Herausforderung – Fachliche Perspektiven für die Soziale Arbeit .....	53
Thomas Münch: Die „sozialdemokratische Unterscheidung“ oder von der Renaissance des Zwangs.....	65
Manfred Kappeler: Das ambivalente Verhältnis von Unterstützung und Kontrolle in der Sozialen Arbeit am Beispiel der Kategorien Hilfe und Prävention .....	77
Sabine Stövesand: Eigenaktivitäten auslösen – Sicherheit einlösen. Zum Verhältnis von Gemeinwesenarbeit und lokaler Kriminalprävention .....	99
Fabian Kessl: Zur Kritik der Sozialraumorientierung. Die Notwendigkeit einer politischen Kontextualisierung sozialpädagogischer Handlungsvollzüge.....	117
Peter Bündler: Fördern und Fordern im Kindergartenalter: Statt Bildung Bildungspläne?.....	131
Uwe Becker: Keine Arbeit für alle – was integriert in die Gesellschaft?.....	143
Utz Krahrmer: Die Wirkung der „Ewigkeits-Garantie“ (Art. 79 Abs. 3 GG) auf unsere gegenwärtige Sozialstaatsdebatte .....	149
Oliver Ongaro: „Mit Schlagstock, Pfefferspray und Aufenthaltsverboten gegen Wohnungslose und Arme?!“ .....	155
Klaus Riekenbrauk: Betteln als Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	171
Thomas Specht-Kittler: „Die Stadt gehört allen!“ .....	193
Autorinnen und Autoren .....	197



## Einleitung

Unter dem bewusst provozierenden Titel „Zurück zur Armutspolizey?“ führte der Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften an der Fachschule Düsseldorf im Zeitraum 2005 bis 2006 eine Veranstaltungsreihe durch. Kolleginnen und Kollegen des Fachbereiches, Expertinnen und Experten von anderen Hochschulen, Praktikerinnen und Praktiker aus Feldern der Sozialen Arbeit sowie viele Studierenden beteiligten sich an diesem öffentlichen Diskurs.

Die hier dokumentierten Vorträge aus der Veranstaltungsreihe, ergänzt durch weitere Statements aus der Kollegenschaft des Fachbereiches, sind eine Reaktion auf die zunehmende Ideologisierung der Sozialen Arbeit, wie sie gegenwärtig im Kontext der Politik des ‚Aktivierenden Sozialstaates‘ zu verzeichnen ist. Je deutlicher die Parameter im Spannungsverhältnis von Hilfe und Kontrolle in der Sozialen Arbeit zu letzterem verschoben werden, desto mehr stärker findet eine Schuldzuweisung an die Adresse derjenigen statt, die sich aus unterschiedlichsten Gründen in der Gruppe der Modernisierungsverlierer wieder finden und auf Unterstützung durch den Sozialstaat angewiesen sind. Obwohl nicht mehr gelehrt werden kann, dass das System des Shareholder Value Kapitalismus immer zur Zerstörung von sozialabgabenpflichtigen Stellen führt und sich damit die Mähr ‚Kapitalgewinne schaffen Arbeitsplätze‘ in ihr Gegenteil verkehrt, richtet sich der öffentlich mediale Blick zunehmend auf die Selbstzuständigkeit der Betroffenen. Die im Zeitraum der Veranstaltungsreihe zweimal in den Medien entflammte Diskussion über die so genannte ‚Unterschicht‘ zeugt davon ebenso wie frühere Kampagnen zum Sozialhilfemissbrauch unter Floridas Sonne.

Auch innerhalb der Profession Sozialer Arbeit ist es offensichtlich schwierig geworden, offensiv für ein Verständnis von Sozialer Arbeit einzutreten, im dem zuerst nach den gesellschaftlichen Ursachen und dann nach den persönlichen Unzulänglichkeiten der Hilfesuchenden gefragt wird. Davon zeugen Berichte aus der Praxis, insbesondere in den Feldern, in denen Kolleginnen und Kollegen mit der Umsetzung der Maßnahmen im Bereich des SGB II, auch bekannt unter



Hartz IV, tätig sind. Umso wichtiger ist es, sich immer wieder kritisch mit scheinbaren Plausibilitäten auseinander zu setzen und die Frage nach den Ursachen von gesellschaftlicher Benachteiligung zu stellen. Hier ist die Wissenschaft gefordert Beiträge zu leisten und über eine gute fachlich-theoretische Ausbildung künftigen Praktikern die Möglichkeit der Reflexion anheim zu stellen. Mit der Abschaffung des von den Hochschulen fachlich begleiteten Anerkennungs-jahres für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, wie für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, ist eine wichtige Schanierstelle im Übergang von Theorie zu Praxis verloren gegangen. Die Hochschulen sollten sich ihrer Verantwortung bewusst werden, ihren Absolventen auch nach dem Abschluss Möglichkeiten der Reflexion zu bieten. Ein öffentlicher Diskurs über die Einbindung Sozialer Arbeit in einen gesellschaftlichen Modernisierungsprozess der neoliberal strukturiert ist, soll als eine der Möglichkeiten dafür verstanden und an der Fachhochschule Düsseldorf auch fortgeführt werden.

Das Titelbild dieser Veröffentlichung zeigt, dass eine Hochschule nicht nur Ort von Theorie und Reflexion ist, sondern sich durch ihre Lehrenden auch in das soziale Geschehen in der Stadt einzumischen vermag. Das erste Düsseldorfer Berbersymposium wurde in breiter Trägerschaft auf der Düsseldorfer Prachtstraße Königsallee durchgeführt und diente der kritischen Auseinandersetzung mit weiteren Einschränkungen des öffentlichen Raumes. Die offizielle Rede bei dieser Protestveranstaltung ist Anhang abgedruckt.

Reinhold Knopp  
Thomas Münch

## **Nach dem Ende des sozialpädagogischen Jahrhunderts – Soziale Arbeit zwischen Aktivierung und Ökonomisierung**

### **Einleitung**

Das 20. Jahrhundert war, glaubt man den Analytikern der Sozialen Arbeit wie Thomas Rauschenbach und Hans Thiersch, das sozialpädagogische Jahrhundert. Und in der Tat muten die Fakten an wie die Insignien einer atemberaubenden Erfolgsstory: eine rechtliche und institutionelle Konsolidierung sozialpädagogischer Unterstützungsangebote, die Verlagerung von randständigen Zielgruppen zum „Leistungsangebot für alle“ (Thiersch 1992, S. 17), Ausbau und Akademisierung der Ausbildung, eine zunehmend theoretisch aufgeklärte und empirisch bewusste Selbstbeobachtung und – nicht zuletzt - eine rasante Zunahme der Beschäftigtenzahlen in Sozialen Berufen spätestens seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts auf zuletzt rund 1 Millionen Beschäftigte. Insgesamt nicht wenig Gründe für professionellen Optimismus, den Thomas Rauschenbach (1999, S. 11) noch Ende der 90er Jahre offenbart, wenn er vom „schwindelerregenden Aufstieg der Sozialen Arbeit im 20. Jahrhundert (spricht, M.G.), die zum „integralen Bestandteil“ (ebd., S. 291) der modernen Dienstleistungsgesellschaft geworden sei und prognostiziert, dass vieles dafür spricht, „dass sie (die Soziale Arbeit, M.G.) auch in Zukunft gebraucht wird. Denn: Es ist derzeit nicht erkennbar, dass moderne Gesellschaften mit ihren selbst erzeugten sozialen Fragen und Problemen künftig besser zurecht kommen als zur Zeit“ (ebd., S. 291). Von dem leicht gedämpften, gleichwohl wahrnehmbaren Optimismus dieser Zeilen ist nur wenige Jahre später nichts mehr zu spüren. So eröffnete Werner Thole den Bundeskongress Soziale Arbeit in Kassel 2003 mit dem für Hessen bedrückenden Fazit, dass mit dem Sparprogramm der hessischen Landesregierung ein Kahlschlagkonzept Realität geworden sei, das „die Infrastruktur der Sozialen Arbeit in Hessen nicht nur partiell unterhöhlen, sondern grundsätzlich und in Kernbereichen eliminieren wird“ (Thole 2003, S. 35). Gestrichen wurden die Landesmittel für Erziehungs- und Schuldnerberatungsstellen, für Einrichtun-

gen der niedrigschwelligen Drogen- und Suchtprävention, für Frauenbildungsprojekte, für Fachstellen der Jugendberufshilfe, für das Programm ‚Soziale Stadt‘ sowie für die sozialpsychiatrischen Beratungseinrichtungen und Dienste (vgl. ebd., S. 35). Diese vor wenigen Jahren noch kaum denkbare Planierung der sozialen Infrastruktur kennt keine Landesgrenzen. Bayern fuhr die Mittel für die Jugendarbeit von 25 auf 15 Millionen Euro herunter, eine Kürzung um 40 %, in Nordrhein Westfalen strich schon die alte Landesregierung die Landesmittel 2004/2005 in den verschiedenen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe zwischen 20 und 60 % der Mittel (vgl. Hafenecker 2004). Der Berliner Haushalt für Familie, Kinder und Jugendliche hat gemäß der Planung für den Doppelhaushalt 2006/2007 in den letzten 5 Jahren fast 40 Prozent seiner Mittel verloren (vgl. [www.paritaet-berlin.de/artikel/artikel.php?artikel=2133](http://www.paritaet-berlin.de/artikel/artikel.php?artikel=2133)). Schon weisen erste empirische Indikatoren auf ein „Ende der langen Wachstumsphase“ der Sozialen Arbeit (Maier/Spatscheck 2005) hin, und die zerstörerische Wirkung des massenhaften Einsatzes von Ein-Euro-Jobs im sozialen Bereich findet in diesen Betrachtungen noch keine Berücksichtigung (vgl. Sozial Extra 1/2006).

Die spektakulären Einschnitte in die gewachsene Struktur öffentlicher sozialer Unterstützungsleistungen sind aber nur die eine offensichtliche Seite der massiven Veränderungen der Sozialen Arbeit im letzten Jahrzehnt. Mindestens ebenso bedeutsam ist die ebenfalls unter dem Banner der Effizienzsteigerung sich vollziehende Binnenmodernisierung der Anbieter Sozialer Dienstleistungen. Beides, Einsparungen, wie die betriebswirtschaftliche Modernisierung der Sozialen Arbeit möchte ich mit dem Stichwort Ökonomisierung bezeichnen.<sup>1</sup> Und in der Tat dürfte es auch über die Kinder- und Jugendhilfe hinaus derzeit kein Feld der Sozialen Arbeit geben, das sich nicht mit Fragen des Kontrakt- und Qualitätsmanagements, mit Leistungsentgelten und Budgetierung beschäftigen muss. Auch die gemeinnützigen Einrichtungen werden, wie dies der ehemalige amerikanische Arbeitsminister und Wirtschaftswissenschaftler Robert Reich (2002, S. 54) formuliert hat, der gleichen Dynamik unterworfen, wie die übrige Wirtschaft, sie müssen „besser, schneller und billiger werden“.

---

<sup>1</sup> Ökonomisierung ist in den Worten Fabian Kessels die Chiffre für „einen Prozess der betriebswirtschaftlichen Umstrukturierung bzw. Neusteuerung der Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe. Der zentrale Fokus dieses Ökonomisierungsprozesses gilt einer Reduzierung des Einsatzes der Mittel und zielt auf eine Privatisierung des Feldes“ (Kessel 2002, S. 1117).

Ich möchte im Folgenden die These vertreten und veranschaulichen, dass die gerade seit Beginn dieses Jahrhunderts immer rasanter voranschreitende Modernisierung der Sozialen Arbeit das passgenaue Gegenstück einer globalen Ökonomisierung von System und Lebenswelten ist. Obwohl die derzeitigen Sparoperationen in Bund, Ländern und Gemeinden scheinbar die Bestandsfrage für die Soziale Arbeit aufwerfen, dürfte auch der flexible Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Soziale Arbeit brauchen, um die grassierende Unsicherheit unterhalb einer gesellschaftlichen Risikoschwelle zu halten. Allerdings ist absehbar, dass die Soziale Arbeit des 21. Jahrhunderts eine andere sein wird, als sie in der reformoptimistischen Phase der 70er und 80er Jahre gedacht und auf den Weg gebracht wurde.<sup>2</sup>

Ich gehe – um diese großflächige These zu plausibilisieren – in drei Schritten vor. Einführend möchte ich eine grobe Skizze des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses entwickeln, um darauf aufbauend die Umgestaltung der sozialstaatlichen Koordinaten in den Blick zu nehmen. Abschließend werde ich auf die Frage eingehen, welche Folgen diese Entwicklung für die Soziale Arbeit mit sich bringt.

## **I. Zweite Moderne: Zur Ökonomisierung von System und Lebenswelt**

Folgt man der überwiegenden Zahl der sozialwissenschaftlichen Gegenwartdiagnosen (vgl. zusammenfassend Schimank/Volkmann 2000; Galuske 2002), so wurden wir in den letzten drei Jahrzehnten Zeugen eines epochalen Wandels moderner, kapitalistischer Arbeitsgesellschaften. Der Kapitalismus ist spätestens nach dem Ende der Systemkonkurrenz mit dem real (nicht) existierenden Sozialismus in seine dritte Phase getreten (Kurbjuweit 2003, S. 15), die bereits mit vielen Namen belegt worden ist, so spricht der amerikanische Politologen Edward Luttwack (1999) von Turbokapitalismus, Lothar Böhnisch und Wolfgang Schröer (2001) bevorzugen den Begriff des digitalen Kapitalismus, ich spreche zumeist vom flexiblen Kapitalismus bzw. von der flexiblen Arbeitsgesellschaft (Galuske 2002).

---

<sup>2</sup> Hans-Uwe Otto hat in diesem Zusammenhang die Befürchtung geäußert, dass mit der Ökonomisierung Sozialer Arbeit „eine Fahrstraße geplant wird, auf der die Sozialarbeit sich immer größerer Geschwindigkeit von sich selber fortbewegt“ (Otto 2001, S. 9).

Doch was, um einen Schritt zurückzugehen, sind die Motoren dieses Modernisierungsschubs? In der hier gebotenen Kürze lassen sich drei miteinander verwobene Ursachen ausmachen:

Da sind zum einen die technischen Innovationen und Revolutionen, vor allem im Bereich der Informationsverarbeitung und der Kommunikationstechnik, deren sich selbst beschleunigende Innovationskraft (vgl. Castells 2001, S. 34) u.a. zu einem immensen Produktivitätszuwachs führt, der die menschliche Arbeitskraft immer ergiebiger werden lässt. Produzierte ein Arbeitender in Deutschland im Jahr 1960 in einer Stunde Güter und Dienstleistungen im Wert von rund 9 Euro, so erwirtschaftete er rund 40 Jahre später schon einen Gegenwert von ca. 32 Euro. 1980 erforderte die Produktion einer Tonne Stahl in einem amerikanischen Stahlwerk rund 10 Stunden menschliche Arbeit, 20 Jahre später nur noch zwei Stunden (vgl. Reich 2002, S. 122).

Die Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien sind auch die Grundlage, oder besser Möglichkeitsbedingung, des zweiten Aspekts, der rasant zunehmenden Globalisierung von Kapital- und Handelsströmen, die die Nationalstaaten und damit auch die nationalen Ökonomien zunehmend unter Druck setzt.

Die neuen technologischen Möglichkeiten alleine sind allerdings nicht für die in Geschwindigkeit und Ausmaß zunehmende Globalisierung verantwortlich, auch wenn uns das der vielstimmige Chor aus Politik und Wirtschaft mit seinem allgegenwärtigen Lied vom Sachzwang häufig glauben machen will. Dazu bedurfte es vielmehr, zum dritten konkreter politischer Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene. „Ohne politische Entscheidungen gibt es keinen Freihandel und keine Globalisierung. Globalisierung ist das Ergebnis einer bewussten politischen Gestaltung von Wirtschaftsräumen im Zeichen von Deregulierung und Liberalisierung“ (so Gerald Boxberger und Harald Klimenta 1998, S. 60). Die politischen Reaktionen auf die neuen Anforderungen folgen in den 90er Jahren bei allen nationalstaatlichen Besonderheiten einer gemeinsamen Entwicklungsrichtung, die u.a. Pierre Bourdieu als Neoliberalisierung (vgl. Bourdieu 1998) bezeichnet und die im Kern auf einen Abbau staatlicher Regulierung und einer „Rückkehr zum freien Spiel der Marktkräfte“ abzielt. Milton Friedmann, einer der Urväter des Neoliberalismus, lobte in einem Interview mit dem Spiegel aus dem Jahr 2000 die sozialdemokratischen Regierungschefs

Westeuropas, allen voran Tony Blair und Gerhard Schröder: „Es ist in der Tat erstaunlich, dass es linken Parteien leichter fällt, rechte Reformen durchzusetzen. Das ist nicht nur in Deutschland so, sondern in halb Europa oder in Neuseeland. (...) Die jetzigen Reformen in Deutschland entsprechen eigentlich perfekt den Ideen der Regierung Kohl. Und dennoch musste erst Gerhard Schröder kommen, um sie durchzusetzen" (Friedmann 2000, S. 128).

Drei Folgen dieser Entwicklung möchte ich herausstellen:

(1) An erster und zentraler Stelle ist der Umstand zu nennen, dass Lohnarbeit – das zentrale Medium sozialer Integration und sozialer Strukturierung in der ersten Moderne – ein immer knapperes Gut wird und zugleich seine Gestalt wandelt. Dabei sind die auf Rekordjagd befindlichen Arbeitslosenzahlen nur die Spitze des Eisbergs. Deutlicher wird die Dramatik der Entwicklung, wenn man die Abnahme der gesamtgesellschaftlich geleisteten Arbeitsstunden betrachtet. Zwischen 1960 und 1995 sank die Gesamtzahl der erbrachten Arbeitsstunden um rund ein Fünftel, zwischen 1995 und 2003 ging sie nochmals um 6,7 % zurück (vgl. [www.sozialpolitik-aktuell.de](http://www.sozialpolitik-aktuell.de), Tabelle IV.46). Trotz weniger Arbeit produzierten wir allerdings zu Beginn des neuen Jahrhunderts annähernd dreimal so viel Reichtum wie noch zu Beginn der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts, weshalb auch von einer Krise der Lohnarbeit keine Rede sein kann, denn sie ist produktiver als jemals zuvor! Wir sind heute in der Lage, mit immer weniger Aufwand an menschlicher Kraft, Zeit und Energie mehr Güter und Dienstleistungen herzustellen, als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte, und bereits jetzt bleiben noch Rationalisierungsressourcen erheblichen Ausmaßes ungenutzt (vgl. zusammenfassend Martin/Schumann 1998; Rifkin 1997). Die veränderte Form der verbleibenden Arbeit zeigt sich z.B. in der schwindenden Dominanz des Normalarbeitsverhältnisses (dauerhaft, Vollzeit, tarifrechtlich geschützt und entlohnt). Nach Rudolf Hickel (2006, S. 14) ist die Vollzetiquote in Deutschland von 81,1 % im Jahr 1994 auf 69,3 % im Jahr 2005 zurückgegangen. Normalarbeit gerät in den Sog der „unumschränkten Herrschaft der Flexibilität“ (Bourdieu 1998, S. 112), um auch den Faktor Arbeit „just in time“ nutzen zu können. An die Stelle dauerhafter Beschäftigungsverhältnisse treten befristete Jobs, Leiharbeit, 400 Euro-Jobs, Ich-AGs, Projektarbeit, Teilzeitbeschäftigung, Ein-Euro-Jobs und flexible Gestaltung von Arbeitszeiten.

Viele Arbeitsplätze sind in Wahrheit nur noch Arbeitsplätzchen, so Ulrich Beck (1997) salopp.

Folgt man Ralf Dahrendorf in seiner Einschätzung, so kann zwar von einem Ende der Arbeitsgesellschaft keine Rede sein. „Wohl aber stößt die Arbeitsgesellschaft an ihre Grenzen. Art und Menge der verfügbaren Arbeit reichen nicht mehr aus, um Gesellschaften zu strukturieren“ (Dahrendorf 2003, S. 63).

(2) Die zweite Folge der Modernisierungspolitik ist die flächendeckende Krise der öffentlichen Haushalte im Gefolge von Massenarbeitslosigkeit, flexiblen Umbau des Arbeitsmarktes und Entlastung von Unternehmen und Kapitalanlegern. Der Sozialstaat reagiert darauf, wie der Koalitionsvertrag von CDU/SPD nochmals nachhaltig belegt, mit einer Privatisierung sozialer Risiken und Kosten. Einige Zahlen zur Veranschaulichung: So sind die nominalen Arbeitnehmerentgelte zwischen 1995 und 2005 um 13,2 % gestiegen, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen hingegen mit 38,8 % um annähernd das Dreifache. Die Reallöhne sanken zwischen 1995 und 2004 gar um 0,9 % (Müller 2006, S. 137). Gleichzeitig stieg der Anteil von Lohn- und Verbrauchssteuern am Gesamtsteueraufkommen nach Angaben von Peter Bofinger (2006, S. 52 f.) von 69 % im Jahr 1970 auf 85 % im Jahr 2003. Der Beitrag der Unternehmen und der Selbständigen zur Finanzierung öffentlicher Leistungen sank im gleichen Zeitraum von 31 % auf 15 %. Auch hinsichtlich der Besteuerung von Vermögen erweist sich Deutschland als außerordentlich freigiebig: Während im Jahr 2001 im Durchschnitt der OECD-Ländern rund 5,4 % aus Vermögenssteuereinnahmen stammte, in den USA sogar 10,6 %, sind es in Deutschland nur 2,3 %.

Dass Unternehmen, die zur gleichen Zeit Gewinnrekorde und Entlassungen verkünden, wie die Deutsche Bank<sup>3</sup> oder der Allianz-Konzern sich aus der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung um die soziale Infrastruktur längst verabschiedet haben und als einzige Autoritäten nur die eigenen Bilanzen und den shareholder value anerkennen, ist nur allzu offensichtlich. Wen wundert die Armut der Städte und Gemeinden, wenn jede Putzfrau mehr Steuern abführt als etwa der Daimler-Chrysler Konzern, der in den Jahren 1993 bis 2003 keinerlei Gewerbesteuer zahlte, ebenso wenig wie der e-on Konzern 2001 in Gelsenkir-

---

<sup>3</sup> Nach Aussagen von Prantl (2005, S. 135) steigen die Gewinne der Deutschen Bank zwischen 1997 und 2001 um 474 Prozent. Im gleichen Zeitraum wurden 14.500 Stellen abgebaut. In den Jahren 2003 verzeichneten die Deutsche Bank und Herr Ackermann einen Gewinn von 1,3 Milliarden Euro, 2004 gar von 2,546 Milliarden Euro.

chen (vgl. dazu ausführlich Weiss/Schmiederer 2005). Sagen wir es deutlich: Das Klagen deutscher Politikerinnen und Politiker über die engen Finanzen der öffentlichen Haushalte und den daraus resultierenden Sparzwängen und die Notwendigkeit von mehr Selbstverantwortung der Bürger gleicht dem Klagen über eine Selbstverstümmelung, die offensichtlich – schaut man sich die neusten politischen Initiativen an – pathologisch ist und keine Grenzen kennt. Die Krise der öffentlichen Haushalte ist eine direkte Folge der politischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte, somit hausgemacht und kein Naturereignis, wie die Politik glauben machen will.

(3) Auf den dritten Aspekt der Folgen der Modernisierung möchte ich etwas detaillierter eingehen: Die Effekte für das Alltagsleben der Menschen. Folgt man den bislang vorliegenden Studien zu den Folgen der Flexibilisierung der Arbeitsgesellschaft, so zeigen sich nachhaltige Konsequenzen, die man auf die Formel verdichten könnte, dass der Effizienzgedanke der Ökonomie in alle Poren der Gesellschaft und damit auch der Lebenswelten eindringt (vgl. Hildebrandt 2000; Rinderspacher 2003; Jürgens 2003). Arlie Russel Hochschild hat dies am Beispiel der Folgen der schönen neuen Arbeitswelt für die Familien untersucht. Sie kommt in ihrer bemerkenswerten Studie zu dem Ergebnis, dass die neuen, flexiblen Anforderungen der Arbeitswelt zu dem paradoxen Effekt führen, dass die angesichts von Leistungsdruck und Zeitmangel immer kompliziertere und konfliktanfälliger Welt der Familie mehr und mehr als „zweite Schicht“ erlebt wird. „Je mehr Zeit die erste Schicht (am Arbeitsplatz) beansprucht (so Arlie Hochschild 2002, S. 233), desto schärfer rationalisiert fällt die zweite Schicht (zu Hause) aus. Je länger der Arbeitstag im Büro oder in der Fabrik wird, desto mehr stehen wir zu Hause unter dem Druck die kostbaren Überreste der Familienzeit zu beschleunigen, zu delegieren, zu verschieben, vorauszuplanen, zu segmentieren, bis ins Letzte zu organisieren.“ So hält etwa „total quality time“ Einzug in die Kinderzimmer, d.h. ein etwa einstündiger Korridor am Tag wird freigehalten von allen äußeren Einflüssen, um hier verdichtet mit den Kindern zu reden, zu spielen usw. Total-Quality-Time soll die Tatsache kompensieren, dass amerikanische Eltern im Durchschnitt wöchentlich 22 Stunden weniger mit ihren Kindern verbringen als noch vor 30 Jahren (vgl. Reich 2002, S. 182). Hochschild interpretiert diese Entwicklung als Übertragung des Effizienzkults vom Büro auf das Zuhause. „Statt neun Stunden am Tag mit ei-



nem Kind zu verbringen erklären wir uns für fähig, gleiche Ergebnisse mit einer einzigen, stark verdichteten Total-Quality-Stunde zu erzielen. Unseren Familienbindungen ergeht es wie dem armen Schmidt mit Frederick Taylor: Sie werden neu geeicht, um höhere Produktivität in weniger Zeit zu erzielen“ (ebd., S. 62). ‚Kevin – Allein zu Haus‘ wird zum Wunschkind – „Er braucht nicht wirklich Betreuung“ (ebd. S. 249).

Robert Reich, Ex-Arbeitsminister der Clinton-Administration resümiert: „Die Art und Weise, wie bezahlte Arbeit in der neuen Wirtschaft weithin organisiert und entlohnt wird, treibt die Menschen dazu, länger und härter zu arbeiten und sich selbst mit immer größerem Eifer zu verkaufen. Die Folge davon ist weniger Platz für die Familie, die verkleinert wird und deren Funktionen ausgelagert werden. Persönliche Zuwendung – einst Verantwortungsbereiche der Ehepartner, Eltern und Kinder von älteren Familienangehörigen – bewegt sich rasch in die freie Marktwirtschaft hinein, in der diese Zuwendung denjenigen gewährt wird, die sie bezahlen können. Ironischerweise werden die Menschen, die sich diese erkaufte Zuwendung nur selten oder gar nicht leisten können, in zunehmendem Maße diejenigen sein, die sie verkaufen“ (Reich 2002, S. 292).

Die Ökonomisierung erfasst die innersten Bezirke der Lebenswelten. Dirk Kurbjuweit, der in seinem Buch „Unser effizientes Leben“ entsprechende Entwicklungen für Deutschland nachzeichnet, spricht von der McKinsey Gesellschaft, die durch die Diktatur der Effizienz in allen Lebensbereichen gekennzeichnet ist. „Der McKinsey-Gedanke (so Kurbjuweit, 2002, S. 82) ist hauptsächlich ein Gedanke des Nicht-Genügens. Sich und andere unter Stress halten, niemals Zufriedenheit zulassen, die ständige Verbesserung, Erneuerung, Aufwertung. Das Menschenbild unserer Zeit ... überträgt diesen Stress auf das Private. Die Nervosität der Börse zieht in den Alltag ein.“

Und in der Tat hat der gesellschaftliche Diskurs der letzten Jahre bereits das passende Menschenbild für das neue Zeitalter kreiert, den unternehmerischen Menschen bzw. der Arbeitskraftunternehmer, mobil, flexibel, auf ständige Optimierung seiner Marktgängigkeit bedacht, eigenverantwortlich im Erfolg wie im Scheitern. In dem Maße, wie es die Geschwindigkeit der entfesselten Ökonomie verhindert, auch nur mittelfristige Lebensprojekte abzusichern, wird die offene Suchhaltung der Jugend zur dauerhaften Lebensaufgabe und zum Lebensprojekt. Die Öffnung der Biographie für die Anforderungen der entgrenzten Turboöko-

nomie lässt das ganze Leben zu einem permanenten Such-, Findungs- und Neudefinitionsprozess werden, in dem weder Traditionen noch Religion, weder soziale Milieus noch Arbeit dauerhaft Halt verleihen. Das Leben ist nicht mehr in überschaubare Abschnitte gegliedert und wird zu einer immerwährenden Übergangsschwelle, in der der Einzelne selbst dafür Sorge zu tragen hat, über die Hürde zu kommen. Und wenn sich kein Erfolg im Sinne von Markterfolg einstellt, dann muss man sich halt umorientieren, mobil sein, lernen. „Handlungsfähig ist, wer im digitalen Kapitalismus Erfolg hat (so Lothar Böhnisch und Wolfgang Schröer), die anderen Menschen müssen flexibler werden und lernen“ (Böhnisch/Schröer 2001, S. 92). Oder in den Worten einer derzeit auf allen Kanälen verbreiteten Werbebotschaft: Streng dich an, geh an deine Grenzen – und dann 10 % darüber hinaus, den du bist Deutschland!

Sich diese Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sozialpädagogischen Handelns zu verdeutlichen, ist aus zweierlei Gründen bedeutsam: Zum einen resultieren aus diesen Veränderungen eine Vielzahl an neuen Risiken und Problemen, die zum Gegenstand sozialpädagogischen Handelns werden. Zum anderen wird damit der neue gesellschaftliche Anforderungshorizont deutlich, vor dem sich sozialpädagogisches Handeln aktuell und in Zukunft vollziehen soll. Ich komme damit zu meinem zweiten Punkt.

## **II. Die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit – Soziale Arbeit im aktivierenden Wohlfahrtsstaat**

Die Ökonomisierung der Gesellschaft ist aber nicht nur deshalb für die Soziale Arbeit von Bedeutung, weil sich die Probleme der Menschen und zugleich die Zielmatrix sozialpädagogischer Hilfe verändert. Auch die Soziale Arbeit selbst wird zum Gegenstand von Ökonomisierung.

Der programmatische Hintergrund der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit ist die in (fast) allen westlichen Industrienationen beobachtbare Umgestaltung der sozialstaatlichen Strukturen unter dem Stichwort des aktivierenden Wohlfahrtsstaats, wie er in der Bundesrepublik mit den Hartz-Reformen und der Agenda 2010 Praxis und Alltag geworden ist. Der aktivierende Wohlfahrtsstaat versteht sich als Antwort auf die Mängel des etablierten Sozialstaates, der zu teuer, zu ineffektiv und letztlich schädlich ist, weil er den Selbstbehauptungswillen und

die Kreativität der Menschen schwächt. Das alte Lied von der sozialen Hängematte wird zur allgegenwärtigen Hintergrundmelodie gerade vollzogener oder angekündigter Kürzungen im Sozialen Sektor und jeder angemeldete Hilfebedarf wird unter Verdacht gestellt, egal ob Ex-Kanzler Schröder das „fehlende Recht auf Faulheit“ beschwört oder Ex-Wirtschaftsminister Clement in einer der letzten von ihm verantworteten Schriften seines Hauses mit dem Titel „Vorrang den Anständigen“ im Hinblick auf Menschen, die die Regelungen von Hartz IV ausnutzen, betont: „Biologen verwenden für ‚Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben‘ übereinstimmend die Bezeichnung ‚Parasiten‘. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert“ (BMWA 2005, S. 10).

Der aktivierende Sozialstaat versteht sich nicht als Minimalstaat, sondern vielmehr um eine neue Form von Staatstätigkeit, die „zwar an einer umfassenden öffentlichen Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben festhält, jedoch nicht alle Leistungen selbst erbringen muss. Seine Aufgabe ist vielmehr, die Gesellschaft einschließlich der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu aktivieren, zu fordern und zu fördern, sich selbst als Problemlöser zu engagieren“ (Bandemer/Hilbert 1998, S. 29). „Der Staat schafft die Rahmenbedingungen, deren faire Chancen dann die Bürger in individueller Verantwortung wahrnehmen sollen. Danach gilt für die Verteilung das (meritokratische) Prinzip des Marktes“, so die Grundwertekommission der SPD (1999, S. 11). Das alte Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe wird verkürzt auf Hilfe zur Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2005, S. 13).

Fragt man nun danach, was oder wer in welcher Form und mit welchen Mitteln aktiviert werden soll, so lassen sich zunächst analytisch drei Ebenen der Aktivierung unterscheiden, die sich beispielsweise idealtypisch in den Hartz-Gesetzen wieder finden:

- die Ebene der Aktivierung des (Arbeits-)marktes
- die Ebene der Aktivierung der Bürger
- die Ebene der Aktivierung der öffentlichen Verwaltung bzw. der Anbieter öffentlicher Dienstleistungen.